

Das deutsche Lieferkettengesetz: Herausforderungen und Möglichkeiten

Peter Clausing
Partner Südmexikos e.V.

Frankfurt,
07. Juni 2024

Kontext

Wofür

wird produziert?

Bedürfnis-
befriedigung

Profit
(inklusive
Schaffung
künstlicher
Bedürfnisse

↓
Ressourcen-
Verbrauch)

Wie

wird produziert?

regional/national

global

Lieferkettengesetz

F.A. v. Hayek (1899-1992) / M.Friedman (1912-2006)



“Chicago Boys”

Chile / Pinochet (1973)

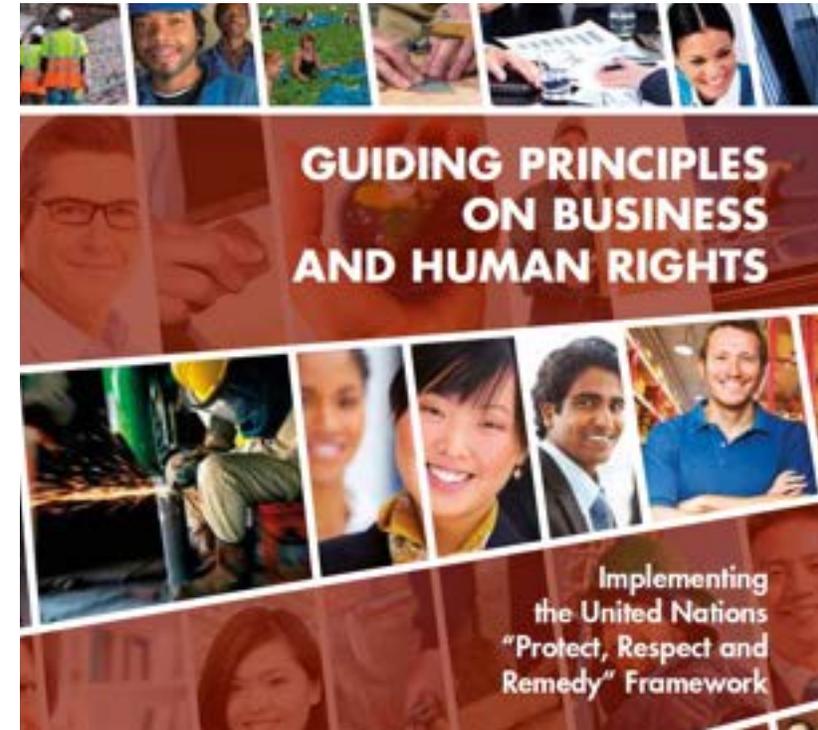
WTO (1994 – GATT-Nachfolge)

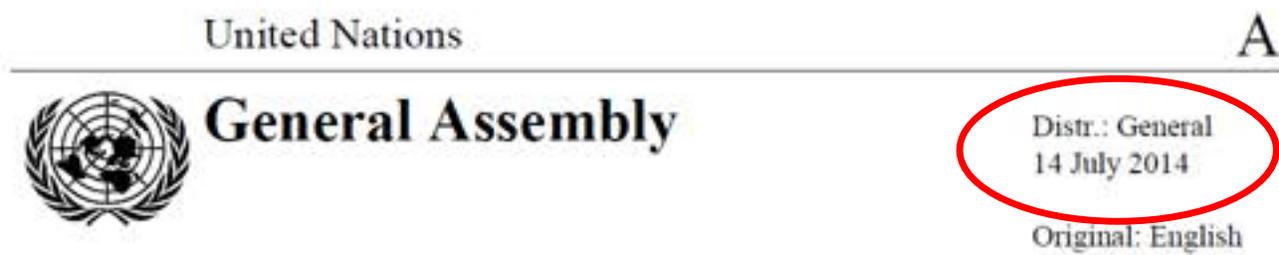
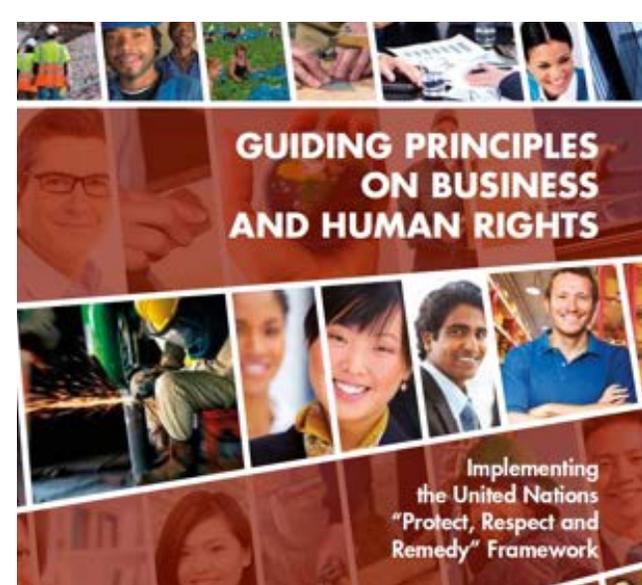
Seattle: WTO-Konferenz Nov. 1999



Foto: Steve Kaiser CC-BY-NC 2.0

2011





Human Rights Council

Twenty-sixth session

Agenda item 3

Promotion and protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development

Resolution adopted by the Human Rights Council

26/9 Elaboration of an international legally binding instrument on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights



2016-2020

Nationalen Aktionsplan (NAP)

Wirtschaft und Menschenrechte

(Basis: Freiwilligkeit)



NAP Statusbericht 2021:

In 2020 nur 13-17% „NAP-Erfüller“



Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

22.07.2021 – LkSG verabschiedet

01.01.2023 – LkSG in Kraft

LkSG - Kerninhalte

- Gilt für Unternehmen mit Sitz in Deutschland mit **> 1.000 Beschäftigten**
- Definiert **Unternehmenspflichten** zu Menschenrechten & Umweltstandards
- Gilt für **1. Glied der Lieferkette**, bei „**Risiken**“ (substantiierte Kenntnis) tiefer gehend
- **Kontrolle / Durchsetzung** durch Abteilung des BAFA# (143 Mitarbeitende)
- **Beschwerden:** Übertragung des Mandats von Betroffenen auf Zivilgesellschaftliche Organisationen möglich
- Bußgelder (bei Unternehmen > 450 Mio EUR, bis zu 2% des Jahresumsatzes möglich)

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

(3) Liegen einem Unternehmen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die eine Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern möglich erscheinen lassen (substantiierte Kenntnis), so hat es anlassbezogen unverzüglich

1. eine Risikoanalyse gemäß § 5 Absatz 1 bis 3 durchzuführen,
2. angemessene Präventionsmaßnahmen gegenüber dem Verursacher zu verankern, etwa die Durchfüh-

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, Näheres zu den Pflichten des Absatzes 3 durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ohne Zustimmung des Bundesrates zu regeln.

„Geschützte Rechtspositionen“

(Menschenrechte & Umwelstandards, die nicht verletzt werden dürfen)

Arbeitsumfeld - Verbot von:

- Kinderarbeit
- Zwangsarbeit / Sklaverei
- Missachtung von Arbeitsschutznormen
- Missachtung freier Gewerkschaften
- Ungleichbehandlung (Diskriminierung)
- Vorenthaltung angemessener Löhne
- Illegalen Zwangsräumungen
- Gewalt durch Sicherheitsdienste

Umwelt – Verbot von:

- Schädlichen Veränderungen von: Wasser, Boden, Luft
- Gesundheitsschädigung
- Übermäßigem Wasserverbrauch
- Beeinträchtigung der Grundlagen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln
- Einfuhr und Ausfuhr von gefährlichen Abfällen

LkSG in der Praxis

- **Betriebsinterne zuständige Stelle(n)**
 - Grundsatzerklärung (Beschreibung von Risiken und Verfahren etc.)
 - Interne Risikoanalyse(n)
 - jährlicher Bericht zu publizieren **01/2025** f. 2023
 - Interner Beschwerdemechanismus
 - Vorbeuge- und Abhilfemaßnahmen

- **BAFA**
 - Prüfung – Jahresbericht (eingereicht? Inhalt?)
 - Bearbeitung von Beschwerden
 - Risikobasierte Kontrollen

LkSG – Schwachpunkte

- Nur große Unternehmen erfasst (>1.000 Mitarbeit. – nur ca. 4.800 Unternehmen erfasst)
- Nur das erste Glied der Lieferkette obligatorisch – mehr nur bei begründetem Verdacht oder realen Verletzungen
- Es gelten nationale Standards der Zielländer (für Umwelt und Arbeitswelt), die ungenügend sein können
- Keine zivilrechtliche Haftung, nur Ordnungsstrafen
- Genügend Ressourcen zur Überprüfung/Sanktionierung?

Nationale Standards (Umwelt- und Arbeitsrecht)

- Angemessener Lohn ist mindestens der gesetzliche Mindestlohn“
(Mexiko: 38,5% der Bevölkerung in „Arbeitsarmut“ [GTAI, 15.09.2023])
- Verbot „widerrechtlicher“ Zwangsräumungen
- Beispiel Trinkwasser-Grenzwerte ($\mu\text{g/L}$)

	Deutschland*	Mexiko**
Arsen	10	25
Cadmium	3	5
Nickel	20	70
Quecksilber	1	6
Selen	10	40

*Trinkwasser-VO (22.09.2021) **NORMA Oficial Mexicana NOM-127-SSA1-2021

BAFA: 143 Angestellte für 4.800 Unternehmen und deren Geschäftspartner

ZDF-heute Meldung (31.05.2024)*

Der VW-Konzern hat ...**zwei Verstöße** gegen die Menschenrechte festgestellt ... die einzigen ... bei mehr als **60.000 Lieferanten in 90 Ländern**

*<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/vw-menschenrechte-bericht-verstoss-100.html#xtor=CS5-282>



Exkurs: LkSG versus CSDDD# (EU-LkSG)

LkSG	CSDDD – nach Trilog*	CSDDD - verabschiedet
Ab 1.000 Mitarbeitende (in D-Land) Ca. 4.500 Unternehmen	Ab 500 Ma. + 150 Mio. EUR Umsatz Ca. 16.000 erfasste Unternehmen	1.000 Ma. + 450 Mio. EUR Umsatz Ca. 5.500 erfasste Unternehmen
Volle Geltung ab 2024		Volle Geltung ab 2032
Nur Ordnungsstrafen	Zivilrechtliche Haftung	Zivilrechtliche Haftung
Klimaschutz nicht enthalten	Klimaschutzaspekte enthalten (Boni)	Klimaschutzaspekte geschwächt
Gilt nicht für nachgelagerte Lieferketten – Finanzsektor & Pestizidindustrie ausgeschlossen	dito	dito



FDP, 15.01.2024

#Corporate Sustainability Due Diligence Directive

* EU-Kommission, EU-Parlament, Europäischer Rat